

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschland: Nachrichten Dresden.
Tempo-Sammelnummer: 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Wiederholung in Dresden und Bremen bei gleichzeitiger Auflösung sowie bei einer täglichen Auflösung durch die Post (ohne Beilage) 5,00 M., monatlich 2,50 M.
Die einzelne 27 mm breite Seite 99 Pf. Mit Ausgaben unter 20 Pf. und
Wochenmagazin, einschließlich Ein- und Verkaufs 25 %. Werbung gegen Zettel.
Auslandserfolge gegen Herausgabe. Einzelpräis des Herausblattes 10 Pf.

Geschäftsräume und Hauptredaktion:
Marienstraße 38/40.
Durch u. Verlag von Bierlich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Amt 19 395 Leipzig.

Förster-Pianos * Förster-Flügel — besitzen Weltruf —

Verkaufsstelle: August Förster, Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Das Ende der Pariser Konferenz.

Ersatz des Obersten Rates.

Berz., 4. Nov. Nach einer Information des "New York Herald" wird der Oberste Rat der Friedenskonferenz noch im Laufe dieses Monats durch eine Kommission ersetzt werden, die aus Vertretern der alliierten Mächte besteht. U. a. sollen dieser Kommission Pichon und Berthelot für Frankreich und Lord Derby für England angehören.

Daag, 3. Nov. Nach einer Meldung der "New York Sun" aus Paris ist die Auflösung der Friedenskonferenz innerhalb kurzer Zeit zu erwarten. Wie es heißt, werden die Amerikaner noch im Laufe des Monats Dezember die Heimreise antreten. Der amerikanische Botschafter Wallis wird, wenn der Friede mit Ungarn bis dahin nicht zustande gekommen ist, zur Unterzeichnung in Paris ermächtigt werden. Die Hauptschwierigkeit bildet noch wie vor die Italien-Frage. England scheint noch wie vor fest entschlossen zu sein, Wilson in seiner unversöhnlichen Haltung Italien gegenüber zu unterstützen. In der letzten Zeit zeigt sich immer mehr, daß die englische und die französische Diplomatie auseinander gehen. In den nächsten Tagen hat sich herausgestellt, daß England und Amerika fast in allen Fragen übereinstimmen.

Die Ratifizierungsfrage in Amerika.

Berlin, 3. Nov. Der Sonderberichterstatter des "Echo de Paris" in Washington meldet: Die Führer der republikanischen und demokratischen Fraktionen des Senats hätten sich jetzt über ein Programm der anzunehmenden Vorbehalt zum Friedensvertrag geeinigt, um seine einstimmige Ratifizierung zu erzielen. Senator Hitchcock, der die Regierung im Senat vertritt, hat erklärt, er könne die Abmachung erst nach Zustimmung des Präsidenten Wilson seine Genehmigung erteilen. (W.T.B.)

Der Beginn des Völkerbundes.

Bern, 3. Nov. Nach einer dem "Bund" angegangenen, aus diplomatischen Kreisen der Alliierten kommenden Nachricht soll der Völkerbundvertrag am 10. November in Kraft treten.

Noch keine Entscheidung über die Scapa-Flow-Schiffe

Rotterdam, 4. Nov. Im englischen Unterhaus erklärte der Parlamentssprecher für die Admiralität Mc Namara auf eine Frage wegen der Berichte über die Verteilung der wieder stolt gemachten deutschen Kriegsschiffe von Scapa Flow, daß tatsächlich noch keine Entscheidung darüber getroffen sei. Die Entscheidung liege beim Obersten Rat in Paris. Er sagte hinzu, daß über die Hebung der übrigen Kriegsschiffe noch kein Beschluss vorliege.

Die Schuldfrage.

Genf, 4. Nov. Pariser Blätter melden, daß als Sitz des alliierten Gerichtshofes für die Aburteilung der Schuldigen am Weltkriege und an der völkerrechtswidrigen Kriegsführung vom Rate der Alliierten Paris bestimmt ist.

Genf, 4. Nov. Der "Tempo" meldet: In der neu gebildeten Kommission, die die Übergabe der Schuldigen nach Paris zu veranlassen hat, erhält Frankreich den Vorsitz.

Rotterdam, 4. Nov. "Daily Express" zufolge äußerte Lord George am Freitag im Unterhause, erst wenn die Größe der deutschen Schuld am Kriege für die Welt durch das kommende Gerichtsverfahren festgestellt sei, könne man den Bölkern der Alliierten aufrufen, die bisherigen Feinde in den Völkerbund aufzunehmen.

London, 4. Nov. (Reuter.) Am Unterhause fragte ein Abgeordneter, ob die niederländische Regierung der englischen oder den alliierten Regierungen irgendwelche Zusicherungen wegen der für die Bewahrung des früheren Kaiser und des Kronprinzen nothwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegeben habe. Garantie wurde verneint.

Berlin, 4. Nov. Der Reichspräsident und die Mitglieder der Reichsregierung haben gegen den verantwortlichen Redakteur der "Deutschen Zeitung" Dr. Billig wegen des Auflasses "Wie lange noch?" in der Nr. 486 vom 2. Oktober Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Beschluss des Reichskabinetts ist aus Gründen des öffentlichen Interesses und wegen der Schwere der Beleidigung bereits in der Sitzung vom 27. Oktober gefasst worden. (W.T.B.)

Das Verbot der "Deutschen Zeitung" ist wieder aufgehoben worden.

Die in Frankreich internierten Deutschen.

Paris, 4. Nov. "Echo de Paris" meldet, daß die Freigabe der in Frankreich internierten Deutschen, die bis 5. November erfolgen sollte, von einigen Tagen verschoben worden ist.

Die Einstellung des Personenzugverkehrs.

Berlin, 4. Nov. Die Ankündigung der morgen einsetzenden Einstellung des Personenzugverkehrs hat eine Wogenflucht der in Berlin weilenden Besucher aus anderen Städten des Reiches zur Folge gehabt. Doch war der Andrang zu den Bürgen erheblich geringer, als man befürchtet hatte. Der Verkehr hat sich gestern sowohl wie heute vornehmlich durchweg ohne Auswirkungen bewältigen lassen. Verhältnismäßig am stärksten war der Andrang gestern abend am Anhalter Bahnhof, wo jedoch auch nur ein Zug, und zwar nach Dresden, wegen Überschwemmung gesperrt werden mußte. Die nicht befürchteten Fließenden wurden heute früh mitgenommen. Die Überschwemmung des Verkehrs ist jedenfalls nicht ernsthafter mit der vergleichbar, die alljährlich zur Fleißzeit eintreten pflegt. Erwähnenswert ist, daß die Nachfrage nach Plätzen 3. und 4. Klasse größer ist als nach denen 1. und 2. Klasse. Zu bedauern ist, daß die Eisenbahnverwaltung es unterlassen hat, das Publikum durch einen Anschlag an den verschiedenen Bahnhöfen über die Verkehrsbeschränkung aufzufklären. Von den Beamten werden vielfach falsche Auskünfte gegeben, die unnötige Verwirrung hervorrufen. Der Gesamteinindruck ist der, daß das Publikum, das in den letzten Jahren bereits zu viele schwere Maßregeln erduldet mußte, der vorübergehenden Einstellung des Personenzugverkehrs, also der einstimmenden Maßnahme, die bisher getroffen worden ist, mit einer seitens Gleicherlichkeit gegenübersteht. In anderen Städten des Reiches hat sich ebenfalls ein starker Andrang zu den Bahnhöfen bemerkbar gemacht, und so waren bereits heute morgen erhebliche Verhinderungen der hier eintretenden Fernfahrten ein, wogegen auch Schneeverwehungen auf der Strecke trugen.

Berlin, 4. Nov. Nachdem Eisenbahnerversammlungen sind seit voriger Woche wieder in den großen Berliner Betriebswerkstätten statt. Die kommunistischen Redner bezeichnen es allgemein als wünschenswert, daß der ganze Eisenbahnverkehr stillgelegt würde. Nur auf diesem Wege komme Deutschland dem Ziel der Räterepublik näher.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter.

Berlin, 4. Nov. Heute mittag hat die Bekündung des Schiedsgerichts in der Metallindustrie stattgefunden. Es ist wahrscheinlich, daß von Seiten des Reichsarbeitersministers oder des Schiedsgerichts der Verlust gemacht werden wird, eine Einigung über den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme zu erzielen. Vom Verband Berliner Metallindustrieller wird mitgeteilt, daß es sich bei dem Generalstreik nur um kleinere Betriebe handelt, da die größeren durch den Streik bereits stillgelegt sind. Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird mitgeteilt, daß die materiellen Forderungen der Streikenden durch den Schiedsgericht ihre Erfüllung gefunden haben. Ausgenommen von der Streikliste sind lediglich die lebenswichtigen Betriebe. Heute vornehmlich sind bereits zahlreiche Erklärungen an dem Sympathiekreis eingegangen, so daß damit gerechnet wird, daß der Generalstreik in der Metallindustrie ein völliger sein wird.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

New York, 3. Nov. (Reuter.) Man hält die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken auf 741 000. Etwa 100 000 bis 200 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter. (W.T.B.)

Amsterdam, 3. Nov. Die "Times" meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung 42 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie, 4 Regimenter Kavallerie und 20 Maschinengewehr-Bataillone zur Bewachung der Bergwerke zur Verfügung gestellt hat. Es wird ein Streik der Eisenbahnarbeiter befürchtet. (W.T.B.)

Rumänisch-ungarische Personalunion?

Rotterdam, 4. Nov. "Manchester Guardian" meldet aus Budapest, daß Rumänien eine Vereinigung mit Ungarn in der Form einer Personalunion anstrebt. Weder Errichtung einer neuen Doppelmonarchie an der unteren Donau, die mit ihren 20 Millionen Einwohnern Südosteuropa beherrschen würde. Der Korrespondent des Blattes fügt hinzu, daß die ungarische Bourgeoisie diesem Plan nicht abgeneigt sei.

Zinne.

Venedig, 3. Nov. Der neuwählte Nationalrat von Zinne nahm einstimmig eine Tagesordnung an, die den Anschluß an Italien verkündet, die Befreiung d'Annunzios bestätigt und für die Anerkennung der Italiener von Zinne kämpfen will. d'Annunzio hat diese Tagesordnung dem amerikanischen Senat aufgestellt. (W.T.B.)

Die Spannung zwischen Italien und Südtirolen.

Zürich, 3. Nov. Die "Neue Zürcher Zeitung" meldet, daß Südtirolen mobilisiert. Zunächst werden fünf Jägergruppen einberufen. Es herrscht kein Zweifel mehr, daß die Nationalisten die Oberhand über diejenigen Strömungen gewonnen haben, die eine Verstärkung mit Italien suchten. Man erwartet ein Ultimatum Südtirolens an Italien.

Der 9. November.

Aus unserem Viererkreis erhalten wir die folgende Nachricht: Durch die Tageszeitungen geht die Nachricht, daß die Sozialdemokratie eine würdige Feier des 9. November vorbereite, als des Tages, der dem Volke die politische Freiheit geschenkt habe, und daß Ministerpräsident Dr. Bradenauer und Minister Uhlig dabei die Festansprachen halten würden. Es ist verständlich, daß mehrere Kreise, insbesondere die arbeitende Volks, die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des achtstündigen Arbeitstages mit Jubel begrüßt haben und dieses sich fühlenden Erinnerungstages gefeiert wollen, und ich will die Freude über diese Erinnerungsfesten der Revolution ihnen nicht damit trüben, daß alles das aufzähle, was sich nicht nur vom Standpunkte politisch andersdenkt, sondern auch unter dem Gesichtspunkte ihrer eigenen Interessen dagegen ausspielen läßt. Aber ein Festtag, den man feiern kann, bleibt trotz dieser Erinnerungsfesten der 9. November nicht, ja, vielleicht am wenigsten für die Sozialdemokratie und ihre Führer. Der 9. November 1918 hat uns, durch die Unterwerfung der Disziplin in See und Flotte seit Jahren systematisch vorbereitet, das Heer zerstört und mit ihm die Macht, auf die sie jede Regierung, die sie keine konservative oder sozialdemokratische Nüden mußte, wollte sie an ebendiesigen Verhandlungen mit dem Feinde kommen, wollte sie Ordnung und Ruhe im Vaterland aufrechterhalten. Dieses beides hat aber die zu Beginn des Krieges nationalgeführte und für Recht und Ehre eintretende Mehrheitssozialdemokratie gewollt, nur hat sie es seit dem 9. November nicht mehr getan, weil sie zunächst sich selbst der dafür nötigen Machtmittel entzweit hatte. Man wird ihr die Gerechtigkeit widerföhren lassen müssen, anzuerkennen, daß sie sich politisch vollkommen gefälscht hat. Sie hatte geglaubt, daß die internationale Sozialdemokratie ihr nach dem Sturz des Kaiseriums, dem Verschlagen des sogenannten Militarismus und des alten "Klassennationalismus", gerichtet um den Sozialstaat mit internationaler Brüderlichkeit sich aufbauen lassen werde, aber sie hat es erleben müssen, daß die feindlichen Sozialdemokraten weiter national dachten und handelten und es ihr überlebten, auf dem gesäumten deutschen Trümmerfeld ihre Scheinherrschaft aufzurichten. Und eben darum ist nicht der verlorene Krieg, wenngleich nicht überwiegend, gefährlicher denn allein, sondern die Revolution des 9. November ist wahrscheinlich geworden und der 9. November 1918 der schwärzeste Tag in der Geschichte Deutschlands, den zu feiern niemand, seine Partei Grund und Anfang hat, denn was das Unrecht Deutschlands geworden ist, ist auch das Unglück der gesamten deutschen Arbeiterschaft und jedes einzelnen deutschen Arbeiters. Ein bloß verlorener Krieg hätte uns vielleicht schwere Friedensbedingungen auferlegt; die Friedensbedingungen aber, die er gebracht hat und unter denen noch unter Kinder und Kindeskindern darben und höhnen werden müssen, können nur einem Volke dictiert werden, das aller und jeder militärischen Macht entbehrt, sich kurzfrisch dieser freimüsig entzweit hatte. Und darum bleibt der 9. November ein Tag der stiefsten Trauer für das ganze deutsche Volk und auch für die deutsche Arbeiterschaft, und ein Tag, den zu feiern niemand weniger Ansatz hat als die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, die sich in der voraussichtlichen Auswirkung dieses Todes von 1918 und der Bedeutung der mit ihm zum Abschluß gebrachten antimilitärischen Handlungen vollständig verrechnet hat. Feiert die Sozialdemokratie diesen Tag trotz allem, so tut sie es, um eine Rettung anfechten zu erhalten, an die sie selbst nicht mehr glaubt, die sie aber um ihrer lebigen Bürgerrolle willen nicht ausdrücken kann, die Rettung vom Segen der Revolution für Deutschland."

Entschlüsse über den 9. November.

Berlin, 4. Nov. Die Mittwochnummern des "20. Jahrhunderts" enthalten einen hochpolitischen Rückblick des früheren Chefs der politischen Polizei, Polizeidirektor Dr. Henninger, auf den 9. November. Da der bekannte Verfasser durch seine Stellung im Oberkommando der Marken während der Kriegsjahre Gelegenheit hatte, intime Einsicht in die damaligen Verhältnisse zu nehmen, so bietet seine Darstellung über den wirklichen Verlauf und den Verlauf der Berliner Revolution die erste authentische Grundlage für die Geschichte des 9. November 1918. Man entnimmt daraus, daß ausschließlich der frühere Chefredakteur des "Vorwärts" Ernst Däumig mit radikalen Genossen des Metallarbeiterverbandes den Umsturz des Verhältnisse durch ein Revolutionskomitee angezettelt hatte, daß der jetzige Reichspräsident Ebert noch am Vorabend der Revolution den Umsturz anstreben versuchte und daß der letzte kaiserliche Reichskanzler durch seine eigenmächtige Entthronung des Kaisers und des Kronprinzen den Umsturz vollendete, der sonst kaum zur Durchführung gekommen wäre.

Diese Entschlüsse eines Eingeweihten bilden eine neue schwere Anklage gegen den Prinzen Max von Baden dessen jeder Sorgfalt entbehrende Haltung in der kritischen Zeit die letzten Stunden gegen den Umsturz niederrückt.